



Gemeinsame Pressemitteilung mit dem

ZENTRALRAT  
DEUTSCHER SINTI UND ROMA

Ministerium des Innern und für Sport  
Herausgeber: Staatsminister Karl Peter Bruch  
Verantwortlich für den Inhalt: Eric Schaefer  
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz  
Telefon 0 61 31/16 32 20, Telefax 0 61 31/ 16 37 20

297 / 2005

Mainz, 10. November 2005

[www.ism.rlp.de](http://www.ism.rlp.de)

## Minderheitenschutz/ Schutz vor Diskriminierung

### **Innenminister Bruch sprach mit Zentralrat und Landesverband Deutscher Sinti und Roma**

Innenminister Karl Peter Bruch sprach heute mit dem Vorsitzenden des Zentralrats und des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose und Jacques Delfeld, über die im vergangenen Juli zwischen der Landesregierung und dem Landesverband geschlossene vertragliche Rahmenvereinbarung für den Minderheitenschutz. Artikel 4 der Vereinbarung sieht vor, „jeglicher Diskriminierung von Angehörigen der Sinti und Roma entgegenzuwirken“, auch dadurch, dass die „Polizei Angaben über Minderheitenzugehörigkeit von Beschuldigten in Polizeiberichten und gegenüber Dritten einschließlich der Presse“ unterlässt. Eine entsprechende Dienstanweisung habe sein Ministerium bereits im Jahr 1992 an die Behörden herausgegeben, betonte Bruch, er werde auf die Einhaltung des Erlasses und der Rahmenvereinbarung erneut hinweisen. Es bestand Einvernehmen darüber, dass eine detaillierte Beschreibung des äußeren Erscheinungsbildes von Tatverdächtigen für die polizeiliche Arbeit erforderlich sei, nicht aber der Hinweis auf eine ethnische Minderheit.

Anlass des Gesprächs war die Kritik von Rose und Delfeld an der Kennzeichnung von Verdächtigen als Angehörige der „Sinti und Roma“ durch einen Polizeibeamten in einer Sendung des ZDF. Rose informierte den Minister über „die in vielen

Bundesländern verbreitete Praxis dieser Minderheitenkennzeichnung durch Polizei und Staatsanwaltschaften“. Sie benutzten für die rechtsstaatswidrige Praxis auch die Bezeichnung „Zigeuner“ oder den aus der Nazizeit stammenden Begriff „Landfahrer“ oder andere vorurteilsschürende Ersatzbegriffe wie „mobile ethnische Minderheit“, erklärte Rose. Die Kennzeichnungspraxis schüre Hass in der Bevölkerung, wirke stigmatisierend für alle Sinti und Roma und führe zu ihrer Benachteiligung in Schule, Beruf und gesellschaftlichem Leben, sagte Delfeld. Die Vertreter der Sinti und Roma legten deshalb den Entwurf für eine bundesweite gesetzliche Regelung im Beamten- und Medienrecht gegen die Minderheitenkennzeichnung vor. Der Innenminister sagte eine Prüfung zu.